

**Auszug aus der Niederschrift  
über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 12.09.2024**

**Zu TOP : 9.8**

**Keine No Go Areas in Stralsund: Videoüberwachung und Alternativen an sensiblen Orten prüfen**

**Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0094/2024**

**Änderungsantrag zu TOP 9.8 "Keine No Go Areas in Stralsund: Videoüberwachung und Alternativen an sensiblen Orten prüfen"**

**Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei**

**Vorlage: AN 0100/2024**

Frau von Allwörden begründet den Antrag ausführlich. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger sinkt. Sie wirbt um Zustimmung zum Antrag.

Herr Suhr erläutert den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei. Mögliche Standorte sollten fachkompetent eruiert und nicht vordefiniert werden. Dem Ursprungsantrag in der vorliegenden Form wird seine Fraktion nicht zustimmen.

Herr Seifert geht auf die Position der Fraktion AfD ein und verweist auf die Kriminalitätsstatistik 2023. Daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, um präventiv tätig zu werden. Die Fraktion AfD wird dem Ursprungsantrag zustimmen. Es sei aus seiner Sicht sinnvoll, Schwerpunkte zu setzen.

Herr Paul stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt zunächst über den Änderungsantrag AN 0100/2024 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Antrag zu TOP 9.8 wird wie folgt geändert:

Die Absätze 2 und 3 (ab „In der Prüfung (...) bis „(...) benannt werden.“) werden gestrichen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend stellt der Präsident den Ursprungsantrag AN 0094/2024 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, verschiedene Maßnahmen, wie beispielsweise Videoüberwachung, zur Eindämmung von Vandalismus sowie Gewalt- und Drogendelikten zu prüfen. Dabei sollen, wo nötig, in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden über die Auswertung von Statistiken, sensible Orte lokalisiert und passende Maßnahmen vorgeschlagen werden.

In der Prüfung sollen mindestens folgende Orte enthalten sein:

-Gleisunterführung Grünhufer Bogen zum Krankenhaus West -Ossenreyer Straße (Bereich Edeka) -Olof-Palme-Platz/Theater -Strandbad -Weiße Brücken -Brunnenaue -Innenhof Heilgeistkloster

Zudem sollen Maßnahmen für temporär sensible Orte geprüft werden, etwa während Veranstaltungen wie Weihnachtsmarkt, Hafentage, Wallensteintage usw. Gesetze oder Verordnungen, die Lösungen in diesen Bereichen verhindern, sollen benannt werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2024-VIII-02-0013

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 27.09.2024